

Beschlussempfehlung und Bericht

**des Ausschusses für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft
(10. Ausschuss)**

- 1. zu dem Antrag der Abgeordneten Cajus Julius Caesar, Peter H. Carstensen (Nordstrand), Dr. Christian Ruck, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der CDU/CSU
– Drucksache 15/2747 –**

Urwaldschutz durch nachhaltige Holz- und Forstwirtschaft stärken

- 2. zu dem Antrag der Abgeordneten Gabriele Hiller-Ohm, Sören Bartol, Dr. Herta Däuber-Gmelin, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der SPD sowie der Abgeordneten Cornelia Behm, Undine Kurth (Quedlinburg), Volker Beck (Köln), weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
– Drucksache 15/3464 –**

Urwaldschutz verstärken

A. Problem

Urwälder sind komplexe Ökosysteme, wertvolle Naturressourcen und die letzten noch verbliebenen naturbelassenen Waldgebiete der Erde, für die die gesamte Menschheit Verantwortung trägt. Sie beeinflussen das Klima, den Wasserhaushalt, verhindern Erosion und sind wesentliche Kohlenstoffspeicher. Zwischen 50 und 90 Prozent aller weltweit existierenden Arten sollen alleine in den Gebieten tropischer Feucht- bzw. Regenwälder beheimatet sein.

Jährlich gehen ca. 15 Mio. Hektar Urwald verloren. Insbesondere der industrielle Holzeinschlag, aber auch Brandrodungen sind die Ursache hierfür.

B. Lösung

Die Antragsteller fordern daher die Bundesregierung zu einer Reihe von Maßnahmen zum verbesserten Schutz der Urwälder auf.

Zu Nummer 1

Ablehnung des Antrags auf Drucksache 15/2747 mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP

Zu Nummer 2

Annahme des Antrags auf Drucksache 15/3464 mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP

C. Alternativen

Annahme des Antrags auf Drucksache 15/2747 und Ablehnung des Antrags auf Drucksache 15/3464.

D. Kosten

Kosten wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

1. den Antrag – Drucksache 15/2747 – abzulehnen,
2. den Antrag – Drucksache 15/3464 – anzunehmen.

Berlin, den 22. September 2004

Der Ausschuss für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft

Dr. Herta Däubler-Gmelin
Vorsitzende

Gabriele Hiller-Ohm
Berichterstatterin

Cajus Julius Caesar
Berichterstatter

Cornelia Behm
Berichterstatterin

Dr. Christel Happach-Kasan
Berichterstatterin

Bericht der Abgeordneten Gabriele Hiller-Ohm, Cajus Julius Caesar, Cornelia Behm und Dr. Christel Happach-Kasan

I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat in seiner 102. Sitzung am 1. April 2004 den Antrag auf Drucksache 15/2747 und in seiner 118. Sitzung am 1. Juli 2004 den Antrag auf Drucksache 15/3464 jeweils zur federführenden Beratung an den Ausschuss für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft sowie zur Mitberatung an den Rechtsausschuss, den Ausschuss für Wirtschaft und Arbeit, den Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit sowie den Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlagen

Zu Nummer 1

Urwälder sind komplexe Ökosysteme und wertvolle Naturressourcen der Erde, die das Klima und den Wasserhaushalt beeinflussen und als wesentliche Kohlenstoffspeicher dienen. Jährlich gehen ca. 15 Mio. Hektar Urwald verloren. Wissenschaftliche Prognosen gehen davon aus, dass ohne eine deutliche Tendenzwende sämtliche tropischen Feuchtwälder in den nächsten 50 bis 100 Jahren von der Erde verschwunden sein werden. Insbesondere in Ländern, die durch Armut und Korruption gekennzeichnet sind, seien Urwälder durch illegalen Holzeinschlag oder durch Brandrodungen gefährdet.

Die Bundesregierung wird daher u. a. aufgefordert, sich für einen verbesserten Schutz der Urwälder einzusetzen und insbesondere,

- die Einfuhr illegal geschlagenen oder gehandelten Holzes aus Urwäldern und anderen Primärwäldern sowie von Produkten aus seiner Verarbeitung ohne Genehmigung zu unterbinden,
- die Zollstellen zu ermächtigen, Holz oder Holzprodukte, die aus illegalem Einschlag aus Urwäldern oder anderen Primärwäldern oder nicht rechtmäßigem Handel mit diesen Produkten stammen, selbst in Verwahrung zu nehmen oder einem anderen in Verwahrung zu geben,
- die Händler zu verpflichten, dass nur Holz und Holzprodukte in den Verkehr gebracht werden, die nicht aus einem illegalen Einschlag dieser Waldgebiete stammen und
- zu prüfen, ob der Katalog des § 6 Strafgesetzbuch auf bestimmte im Ausland begangene Straftaten gegen die Umwelt ausgeweitet werden kann.

Zu Nummer 2

Urwälder tragen entscheidend zum Erhalt der Lebensgrundlagen der gesamten Menschheit bei und sind die noch verbliebenen letzten naturbelassenen Waldgebiete der Erde. Um einer weiteren Zerstörung der Urwälder – jährlich rund 15 Mio. Hektar – entgegenzuwirken, sei den Wäldern bei den internationalen Klimaverhandlungen besondere Bedeutung beigemessen worden. Durch die wirtschaftliche Situation vieler Länder sei die Durchsetzung nachhaltiger

Schutz- und Nutzungskonzepte erheblich eingeschränkt. Von besonderer Bedeutung sei deshalb die Entwicklung komplementärer Strategien, die an den Ursachen von Waldzerstörungen ansetzen und die Bedeutung von Schutz und nachhaltiger Bewirtschaftung des Waldes für Armutsminderung und ländliche Entwicklung berücksichtigen. Ziel einer internationalen Waldpolitik müsse es deshalb sein, die Rahmenbedingungen für die betroffenen Länder zu verbessern, um ihnen zu ermöglichen, Wälder zu erhalten und nachhaltige Waldbewirtschaftung zu betreiben.

Die Bundesregierung wird daher u. a. aufgefordert,

- auf der Grundlage des Waldarbeitsprogramms des Übereinkommens über die biologische Vielfalt (CBD) sowie der Beschlüsse der 6. und 7. Vertragsstaatenkonferenz zur Schaffung eines internationalen Netzwerkes von Schutzgebieten zu Lande bis zum Jahre 2010 ihr Engagement für den Erhalt der Urwälder fortzuführen,
- sich im Rahmen der WTO-Verhandlungen weiterhin dafür einzusetzen, dass die Ziele und Beschlüsse der CBD in den internationalen Handelsbeziehungen einen höheren Stellenwert sowie einen unabhängigen Schlichtungsmechanismus erhalten,
- sich im Rahmen des EU-Aktionsplanes „FLEGT“ für Partnerschaftsabkommen mit Ländern, die keine ausreichenden Verwaltungsstrukturen besitzen, dafür einzusetzen, nationales Forstrecht durchzusetzen und Korruption zu bekämpfen,
- sich gegenüber der Europäischen Union dafür einzusetzen, dass diese bald ihren seit langem angekündigten Verordnungsentwurf zur Begrenzung der Importe von illegal geschlagenem Holz vorlege,
- zu prüfen, ob der Katalog des § 6 Strafgesetzbuch erweitert werden müsse,
- zu prüfen, ob im Rahmen der finanziellen Zusammenarbeit Schuldenumwandlungen und Erlasse für Länder mit global bedeutsamen Ökosystemen zur Finanzierung von Umweltfonds in diesen Ländern genutzt werden können, die der nachhaltigen Finanzierung von Schutzprojekten sowie dem Kauf von Forstkonzessionen zu Schutzzwecken dienen.

Im Einzelnen wird auf die weiteren Ausführungen in beiden Anträgen verwiesen.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Zu Nummer 1

Der **Rechtsausschuss**, der **Ausschuss für Wirtschaft und Arbeit**, der **Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit** und der **Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung** hat jeweils in seiner Sitzung am 22. September 2004 die Ablehnung der Vorlage mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP empfohlen.

Zu Nummer 2

Der **Rechtsausschuss**, der **Ausschuss für Wirtschaft und Arbeit**, der **Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit** hat jeweils in seiner Sitzung am 22. September 2004 die Annahme der Vorlage mit den Stimmen der Koalitionsfraktion gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP empfohlen.

Der **Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung** hat ebenfalls in seiner Sitzung am 22. September 2004 der Vorlage mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Fraktion der FDP bei Stimmenthaltung der Fraktion der CDU/CSU zugestimmt.

IV. Beratungsverlauf im federführenden Ausschuss

Der **Ausschuss für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft** hat seine abschließende Beratung in der 46. Sitzung am 22. September 2004 vorgenommen. Jeweils mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP wurde der Antrag auf Drucksache 15/3464 angenommen und der Antrag auf Drucksache 15/2747 abgelehnt.

Die **Koalitionsfraktionen** erklärten, die Zerstörung der Urwälder habe bisher nicht gestoppt werden können. In der Zielsetzung, diese Zerstörung und illegale Holzimporte zu stoppen, herrsche Einigkeit. Der Koalitionsantrag ziele aber nicht alleine auf das Importverbot illegal geschlagener Höl-

zer, sondern gehe insbesondere im Urwaldschutz weiter und beschränke sich nicht nur auf eine nationale Regelung. Dies sei auch erforderlich, weil nur EU-weite Regelungen, wie sie der Koalitionsantrag fordere, Fortschritte erwarten ließen.

Die **Fraktion der CDU/CSU** erkennt die internationale Verantwortung für die Urwälder an. Es sei deshalb auch erforderlich, die acht international üblichen Zertifikate auch gegenseitig anzuerkennen und sich nicht nur auf das FSC-Zertifikat zu beschränken. Deutschland könne hier mit einem pragmatischen Schritt vorangehen und die Verkaufsmöglichkeiten illegal geschlagenen Holzes einschränken, was man mit einem entsprechenden Importverbot und der Auflage erreichen könne, solches Holz durch den Zoll in Verwahrung nehmen zu lassen und nicht anderweitig zu verkaufen. Dies könne einen vernünftigen Beitrag zur Verhinderung des Raubbaues leisten.

Die **Fraktion der FDP** begrüßte die vorliegenden Anträge, da der illegale Holzeinschlag ein ganz wesentlicher Faktor zur Einschränkung der Biodiversität und biologischen Vielfalt sei. Wünschenswert wäre eine gemeinsame Initiative des Deutschen Bundestages, die auf die gesamte EU auszuweiten wäre. Der Koalitionsantrag bringe allerdings in der Substanz nicht mehr als der der CDU/CSU. Die Koalition könne nicht erwarten, dass das auf einer ganzen Seite enthaltene Lob der Regierungspolitik die Zustimmung der Opposition finde. Die Fraktion der FDP werde daher dem Antrag der Fraktion der CDU/CSU zustimmen.

Berlin, den 22. September 2004

Gabriele Hiller-Ohm
Berichterstatlerin

Cajus Julius Caesar
Berichterstatler

Cornelia Behm
Berichterstatlerin

Dr. Christel Happach-Kasan
Berichterstatlerin

